

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948**

17 (10.2.1948)

## Selbstrechtfertigung - Selbstbesinnung

### Die evangelische Kirche nimmt zur Entnazifizierung Stellung

Stuttgart, 9. Febr. (Dena) „Das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus steht einer echten politischen Säuberung geradezu im Wege“ heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der evangelischen Bischöfe und leitenden Amtsträger der evangelischen Kirche der US-Zone.

Die evangelische Kirche habe von Anfang an eine politische Säuberung bejaht und sich für die Reinigung des deutschen Volkes vom Geist des Nationalsozialismus ausgesprochen. „An die Stelle aufrichtiger Selbstbesinnung sei jedoch die Selbstrechtfertigung getreten, die durch eine Unmenge von Entlastungszeugnissen noch besonders glaubhaft gemacht werden sollte. Überdies werde oft versucht, in den Spruchkammern politische Gegnerschaft und persönliche Feindschaft auszuspielen.“

Die evangelische Kirche habe wiederholt auf die Grundfehler des Befreiungsgesetzes hingewiesen, die darin lägen, daß etwa ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung unmittelbar und ihre Mehrheit mittelbar davon betroffen wurde, widerlegbare Schuldvermutungen, mit dem sofort wirksam werdenden Beschäftigungsverbot verbunden seien und Handlungen und Gesinnungen bestraft werden könnten, die zu keiner Zeit unter Strafe gestellt hätten. Die evangelische Kirche trete erneut an alle Verantwortlichen mit der Bitte heran, dafür zu sorgen, daß Missetäter bestraft werden, dem ganzen Volk jedoch die Möglichkeit gegeben werde, geschehenes Unrecht wieder gut zu machen.

Die Erklärung trägt die Unterschriften des Landespräsidenten der evangelischen Kirchen Hessens, Pastor D. Martin Niemöller, Frankfurt, sowie der evangelischen Bischöfe Dr. Theophil Wurm, Stuttgart, Dr. H. Meiser, München, Dr. Wüstemann, Kassel, und Dr. Bender, Karlsruhe.

Wie die Presseabteilung des Ministeriums für politische Befreiung mitteilt,

## Ein Europa „ohne Demarkationslinien“ muß Westdeutschland einschließen

### Benelux-Staaten zurückhaltend gegenüber Bündnisverträgen

Paris, 9. Febr. (Dena-Reuter) Das anglo-französische Bündnisangebot an die Benelux-Länder - Belgien, Holland und Luxemburg - wird von den drei Staaten mit beträchtlicher Zurückhaltung aufgenommen.

Die Regierungen der Benelux-Länder haben inoffiziell ihr Zögern ausgedrückt, irgendeinen Vertrag einzugehen, der sich ausschließlich gegen Deutschland richtet. Anscheinend wollen sie alle Bündnisverträge erweitern und mit dem pan-amerikanischen Vertrag zu gegenseitiger Hilfeleistung der Staaten des amerikanischen Kontinents verknüpfen, der am 2. Sept. in Rio de Janeiro unterzeichnet wurde.

„Gut unterrichtete Kreise in der französischen Hauptstadt sind der Ansicht, daß die Benelux-Staaten auf dem Standpunkt stehen, ein politisch und wirtschaftlich gesichertes Europa müsse notwendigerweise Westdeutschland einschließen und aus diesem Grunde würde ein Verteidigungsvertrag gegen Deutschland der von Außenminister Bevin kürzlich vor dem britischen Unterhaus dargelegten Idee einer westeuropäischen Union eher schaden als helfen.“

„Das Ersuchen, etwaige Verträge mit dem Rio-de-Janeiro-Pakt zu verknüpfen, deutet an, daß die Benelux-Länder die militärische Unterstützung der USA für jegliche westeuropäische Organisation als notwendig erachten.“

Wie Dena-Reuter aus London berichtet, versicherte Außenminister Bevin am 6. Februar den westeuropäischen Nationen, daß das britische Commonwealth die Vorschläge zur Errichtung einer westeuropäischen Einheit unterstützen werde.

Europa sei in kleine Teile aufgespalten, sagte Bevin, und in seinen politischen Planungen und Ideen eingeteilt worden. Großbritannien trete an Westeuropa mit einer Politik heran, die kühner und umfassender sei. In der Darlegung dieser Politik könne Europa versichert sein, daß

## Eisenhower wird Privatmann

Bad Nauheim, 9. Febr. (Dena) General Dwight D. Eisenhower tendiert eine glänzende 38-jährige Militärlaufbahn, als er am Samstag das ihm 1945 übertragene Amt des Chefs des Stabes der Streitkräfte der Vereinigten Staaten an General Omar N. Bradley übergab. Obwohl er erst seit wenigen Jahren der Öffentlichkeit bekannt ist, besitzt der General die Sympathien großer Teile der amerikanischen Bevölkerung. Eine vor einiger Zeit in den USA nach dem Gallupsystem vorgenommene Befragung ergab, daß Eisenhower der aussichtsreichste Kandidat für die Präsidentschaft der USA wäre; allerdings hat der General diese Kandidatur entschieden abgelehnt.

Der 1891 in Denison (Texas) geborene General entstammt einer Schweizer Familie, die 1730 in die USA emigrierte. Im Juni 1942 wurde der bis dahin unbekannt Stabschef überraschend zu den Besprechungen des Präsidenten Roosevelt mit dem englischen Premierminister Churchill hinzugezogen und danach zum Oberkommandierenden der alliierten Streitkräfte auf den europäischen Kriegsschauplatz ernannt.

## Zur Nachfolge Gottlob Kamm

Stuttgart, 9. Febr. Ministerialdirektor Walther Koransky, der nach dem Rücktritt von Gottlob Kamm die Geschäfte des württembergisch-badischen Ministeriums für die politische Befreiung führt, verwalte sein Amt nur bis zur Ernennung eines neuen Befreiungsministers, ist aber wie wir erfahren, nicht gewillt, die Nachfolge von Minister Kamm anzutreten und würde eine diesbezügliche Beauftragung ablehnen.

## Abtransport von Kriegsgefangenen nach ihrer Entlassung

Berlin, 9. Febr. (AP) Deutsche Kriegsgefangene, die Ende September vorigen Jahres von Sowjetland über den Dirschgänger Frankfurt (Oder) repariert worden waren, seien nach ihrer offiziellen Entlassung wieder zu einem Sammeltransport mit unbestimmtem Ziel zusammengestellt worden, erklärte am 7. Febr. die Berliner Zeitung „Der Sozialdemokrat“.

Die Zeitung zitiert einen Brief, den einer dieser Kriegsgefangenen eine Frau auf dem Bahnhof in Elsterwerda bei der Durchfahrt eines Transportzuges zuwerfen konnte und der folgenden Inhalt hat: „Seien Sie bitte so gut, schicken Sie dieses meiner Frau. Sie bitte unbesorgt, ich war in Frankfurt (Oder). Von dort aus weiß keiner, wohin es jetzt geht. In Elsterwerda schreibe ich nicht früher, bis ich schreibe, Euer Pappi.“

„Der Sozialdemokrat“ schließt hieraus, daß deutsche Kriegsgefangenentransporte nach ihrer offiziellen Entlassung „sofort wieder abreisen“, um in der sowjetischen Heimat in der dortigen Wirtschaft zu verschwinden. In diesem Fall wäre es der direkte Weg in die Zwangsarbeitslager des Erzebergischen Uranbergbaus.“

## „Udemokratisch, verschwenderisch und extravagant“

Stuttgart, 9. Febr. (Hug. Eig. Ber.) Der württembergisch-badische Landtag hat in seiner Sitzung am 6. Februar ein Gesetz über die Einziehung von Ordnungsstrafen auf Grund des Gesetzes über Dienstpflicht aus Anlaß des Befreiungsgesetzes angenommen. Nach ihm werden Ordnungsstrafen auf Grund des obengenannten Gesetzes verhängt worden sind, im Verwaltungs- und Strafrechtsverfahren eingezogen. Weiter wurde ein Gesetz über vorübergehende Maßnahmen in der Strafrechtspflege vom Landtag angenommen.

Der Landtag hatte auf Anregung der KPD für Bedrängte eine Winterbeihilfe genehmigt. Innenminister Ulrich las nun heute ein Schreiben der Militärregierung vor, in dem diese dem Gesetz nicht zustimmt, da es im Charakter un-demokratisch, verschwenderisch und extravagant sei und den Bedürfnissen des einzelnen nicht genügend Rechnung trage.

## Fragen der Lizenz- und Parteipresse

### Landtagspräsident Keil fragte, General Clay antwortete

Stuttgart, 9. Febr. (Dena) Auf der 29. Tagung des Landrates in Stuttgart am 3. Februar wurden Fragen der württembergisch-badischen Landtagspräsidenten Wilhelm Keil, SPD, zwei Fragen gestellt, die sich mit der Rechtslage der Lizenzpresse und mit der Schaffung einer Parteipresse beschäftigten.

1. Frage Keils: „Seit Jahren bemühen sich die früheren Eigentümer von Druckereibetrieben und -betrieben, um Nationalsozialismus rechtswidrig und entschädigungslos enteignet worden sind, um die Rückübertragung ihrer Vermögenswerte. Bisher haben diese Bemühungen nicht zu einem Abschluß geführt. Eine neue Rechtsgrundlage für die endgültige Lösung des Problems. Nun aber werden Versuche unternommen, um vor der Rückübertragung der Vermögenswerte die Druckereibetriebe im Wege der Verpachtung auf eine lange Zeit in den Händen der Lizenzzeitungen zur Verfügung zu stellen. Durch solche Pachtverträge würde zu dem Unrecht der Enteignung das zweite Unrecht einer Belastung der Betriebe gegen den Willen der rechtmäßigen Eigentümer treten. Nach der Rückübertragung der Vermögenswerte würden die Eigentümer Betriebe vorfinden, über die praktisch die Pächter das Benützungrecht hätten. Die schwer geschädigten Eigentümer würden also auch weiterhin von der unmittelbaren Nutzung ihres Eigentums ausgeschlossen sein. Ich gestatte mir die Frage an den Herrn General, ob er in der Lage ist, eine Anordnung zu treffen, durch die verhindert wird, daß die wiederrechtlich enteigneten und unter Vermögenskontrolle stehenden Druckereibetriebe der Lizenzzeitungen durch Rechte Dritter belastet werden, die in die Eigentums- und Nutzungsrechte der rechtmäßigen Eigentümer eingreifen.“

## Th. Mann sagt Einladung ab

Frankfurt, 9. Febr. (Dena) Thomas Mann, der von Frankfurt Oberbürgermeister Walter Kolb zur Jahresversammlung der Nationalversammlung eingeladen worden war, schickte zwar einen Absagebrief, der aber sehr herzlich gehalten ist. „Ich danke Ihnen von Herzen“, schreibt Thomas Mann an den Oberbürgermeister, „für Ihre Einladung zur Jahresversammlung der Paulskirchenversammlung nach Frankfurt zu kommen. Sie erweisen mir damit eine Ehre, die ich viel zu tief zu schätzen weiß, als daß es mir leicht werden sollte, sie abzulehnen. Dennoch muß ich mich dazu entschließen.“ Thomas Mann schließt seinen Brief mit herzlichen Wünschen für das Wohl des deutschen Volkes und seine geistige und physische Genesung.

## Im Telegrammstil

Washington, 9. Febr. Das US-Außenministerium teilte am 9. Februar mit, daß 203 Millionen Dollar für die ersten 15 Monate des Marshall-Plans vorgesehenen Summe dafür verwendet werden können, um Waren außerhalb der USA einzukaufen. (Dena-Reuter) - General Bradley als neuer amerikanischer Generalstabschef vereidigt. - Der gegenwärtige Preis für ein amerikanisches Fremdenrecht auf dem Export zur Verfügung stehenden Getreidemenge um 112 Millionen Bushel zurückzuführen. (Dena-INS)

Buenos Aires, Argentinien schlägt Antarktis-Konferenz vor. (Dena-INS)

London, Großbritannien und Transjordanien haben über einen neuen Beistandspakt eine vorläufige Einigung erzielt. (AP)

Kinshasa, Belgien. Die britische Regierung hat keineswegs die Absicht, das Pfund gegenüber den anderen Währungen abzuwerten. (Dena-Reuter)

Buenos Aires, Argentinien schlägt Eamon de Valera ist auf Grund des Ergebnisses der allgemeinen Wahlen zwar an der Macht geblieben, hat jedoch die absolute Mehrheit im Dalí (Parlament) verloren. (Dena-Reuter)

Paris, Die erste in der UdSSR hergestellte Atombombe mit Zeitzündung sei bei dem am 17. August vorigen Jahres im Ur durchgeführten Versuch nicht explodiert. (Dena-Reuter) - Wiedereröffnung der französisch-spanischen Grenzöffnung. (Dena)

Columbus, Ohio, Die Tochter General de Gaulles, ist in der Nacht zum Samstag im Alter von

## Echo auf die Proklamation der Charta der Bizonen

Frankfurt/M., 9. Febr. (Eig. Ber. -sch) Das Echo auf die Proklamation ist nicht einheitlich. Der Präsident des Wirtschaftsrates, Dr. Erich Köhler, sieht die Bedeutung der Proklamation in ihrer unmittelbaren Nutzanwendung. Der württembergisch-badische Ministerpräsident, Reinhold Maier, betonte gleichfalls, daß die Wirtschaft jetzt zentralistisch wieder in Gang gebracht werden müsse, wenn man auch über das zentralistische Recht und über die geringen Rechte der Länder streiten könne. Dr. Ehard hält die Proklamation für eine einseitige von den beiden Militärregierungen diktierte Verordnung, die ohne Zweifel stark bindenden Charakter

## Die „Verschwörung“ der CDU

Berlin, 9. Febr. (Dena) Die Tägliche Rundschau, das Organ der SMA, schreibt am Sonntag, dem 6. Geburtstag Jakob Kaisers, in einem unter der Überschrift: „Verschwörung gegen die Demokratie“ veröffentlichten Artikel, die Verschwörung gegen den demokratischen Kurs der CDU, deren Hauptfigur der von der SMA seines Amtes enthobene erste Vorsitzende der CDU, Jakob Kaiser, gewesen sei, sei jetzt aufgedeckt. Damit habe der „Geheimdienst“ des amerikanischen Monopolkapitals eine seiner schwersten Niederlagen erlitten.

Das Blatt bezeichnet in seinen weiteren Ausführungen Kaiser und andere ihm nahestehende namhafte CDU-Mitglieder als „Verschwörer gegen die Demokratie“, „Bannerträger des antikomunistischen Aus dem „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“ sei ein „Kommunisten aller Länder, seid die größten Nationalisten“ geworden.

Zur Frage der Mitverantwortung der Deutschen an dem Ereignissen in Frankfurt sagte Schumacher es sei sinnlos, den „Fußball der Verantwortung“ zwischen den Alliierten und Deutschen hin- und herzuspielen. Die SPD sei es gewesen, die zuerst eindeutig auf die Verantwortung der Alliierten gegenüber den Besiegten hingewiesen habe.

## Um die Schuldfrage

Zu der in Nr. 15/16 vom 7. d. Mts. der BNN wiedergegebenen Resolution wird uns mitgeteilt, daß diese nicht von den Karlsruhe höheren Schulen verfaßt und den Schülern übergeben worden, sondern vielmehr von den Schülern formuliert und durch Druck vervielfältigt worden sei, um die Elternschaft zu einer Willenserklärung zu bewegen. (6)

## Bildung Vereinigter Staaten von Deutschland vorgeschlagen

Washington, 9. Febr. (AP) Die Bildung der „Vereinigten Staaten von Deutschland“ wurde von dem amerikanischen Journalisten O. K. Armstrong dem Außenminister Acheson als eines der Repräsentantenhauses vorgeschlagen.

Amerika sollte dem deutschen Volk unverzüglich seine Hilfe bei der Bildung einer verfassungsmäßigen deutschen Zentralregierung anbieten. Hierdurch könnten die USA der Welt beweisen, daß sie bereit seien, die Herausforderung des Kommunismus anzunehmen.



Der Präsident des Wirtschaftsrates Dr. Erich Köhler. (Dena-Muskel-Bild)

